Bundesverband EnergieMittelstand
Kraftstoffe | Brennstoffe | Schmierstoffe

Berlin, 06. August 2025

Pressemitteilung

EU-Verbrennerverbot: UNITI drängt auf zeitnahe politische Kurskorrektur, um Arbeitsplätze zu sichern und mehr Klimaschutz zu ermöglichen

Das EU-Neuzulassungsverbot für Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor ist aus UNITI-Sicht nicht nur klimapolitisch unsinnig, sondern es trägt auch zur aktuellen Krise der Automobilindustrie in Deutschland bei und wird diese existenzbedrohend weiter verschärfen. Die Bundesregierung ist daher gefordert, sich auf EU-Ebene umgehend für technologieoffene Anpassungen der CO_2-Flottenregulierungen für Pkw und Lkw einzusetzen.

In der EU existiert ein faktisches Neuzulassungsverbot für Kraftfahrzeuge mit Verbrennungsmotor ab dem Jahr 2035, das aufgrund seiner regulatorischen Ausgestaltung und im Zusammenspiel mit den langjährigen Planungs- und Entwicklungszyklen in der Automobilindustrie de facto bereits deutlich früher greift. Ein Verbot, das klimapolitisch unsinnig und wirtschaftlich schädlich ist:

- So würde infolge des Verbots der Straßenverkehr als größter potentieller Absatzmarkt für erneuerbare Kraftstoffe wegfallen. Dies wäre ein deutliches Investitionshemmnis für den benötigten Aufbau von Produktionsanlagen für nicht-fossile Kraftstoffe wie beispielsweise E-Fuels. Damit stünden auch nicht die benötigten Mengen zur Defossilisierung der allein in der EU mehr als 230 Millionen Bestandsfahrzeuge mit Verbrennungsmotor zur Verfügung.
- Zudem basiert die Stärke der deutschen Automobilindustrie auf hochentwickelten, modernen Verbrennungsmotoren. Eine Antriebstechnologie, mit der in der Bundesrepublik aktuell 457.000 Arbeitsplätze direkt und 163.000 indirekt sowie rund 48 Milliarden Euro an industrieller Wertschöpfung verbunden sind. Mit einem Verbot des Verbrennungsmotors in der EU würde laut VDA der Verlust von 190.000 Arbeitsplätzen infolge der Elektrifizierung des Antriebsstrangs einhergehen.

„All Electric"-Kurs der EU gefährdet die Zukunft des Automobilstandorts Deutschland

Die EU ist derzeit die einzig nennenswerte Region weltweit, die sich regulatorisch einen „All Electric"-Kurs im Straßenverkehr verordnet hat – selbst das vielfach als Elektrowunderland gepriesene China setzt langfristig auf einen Technologiemix in der Antriebsfrage. Doch durch ein Verbot droht Europa als Heimatmarkt für den Verbrennungsmotor wegzufallen, was mit dem Verlust von technologischem Spitzen-Know-how, Forschungs- und Entwicklungskapazitäten sowie letztlich von Produktionsstandorten in Europa einhergeht. UNITI-Hauptgeschäftsführer Elmar Kühn: „Die seit Monaten eintreffenden Meldungen über Umsatzeinbrüche und hohe Verlustzahlen, aber vor allem Ankündigungen von massivem Arbeitsplatzabbau, Werksschließungen oder -verlagerungen zeigen, dass die Zukunft des Automobilstandorts Deutschland mit dessen Herstellern und Zulieferern akut gefährdet ist und damit gleichsam der Wohlstand unseres Landes." Kühn weiter: „Das von der EU politisch erzwungene Einschwenken auf einen „All Electric"-Kurs trägt schon heute maßgeblich zu dieser Krise der deutschen Automobilindustrie bei und wird sich immer weiter verschärfen, je stärker der Verbrenner in der EU regulativ aus dem Markt verbannt wird."

CO_2-Flottenregulierungen für Pkw und Lkw müssen technologieoffener ausgestaltet werden
UNITI fordert daher, dass die auf EU-Ebene idealerweise noch in diesem Jahr anstehende Überarbeitung der CO_2-Flottenregulierungen für neue Pkw und Lkw dringend dafür genutzt wird, diese Regulierungen technologieoffener auszugestalten, indem der reale CO_2-Minderungsbeitrag erneuerbarer Kraftstoffe auf die CO_2-Flottenziele anrechenbar gemacht wird. Mit Blick auf die langjährigen Planungs- und Entwicklungszyklen in der Automobilindustrie müssen diese systematischen Anpassungen der Regulierungen sehr zeitnah erfolgen, um überhaupt noch eine positive Wirkung in der Praxis entfalten zu können.

UNITI fordert daher die Bundesregierung auf, sich nachdrücklich dafür einzusetzen, dass die EU-Kommission noch in diesem Jahr Vorschläge zur Änderung der CO_2-Flottenregulierungen für Pkw und Lkw vorlegt, die technologieoffen sind und die Zulassung von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor in Kombination mit erneuerbaren Kraftstoffen zulassen, sowie dass die geplante „Greening Corporate Fleets"-Initiative keine Quoten und kein Verbot von Verbrennerfahrzeugen durch die Hintertür für Flottenbetreiber vorsieht. UNITI-Hauptgeschäftsführer Elmar Kühn drängt auf rasches Handeln: „Die Zeit, die bleibt, um Arbeitsplätze in der Automobilwirtschaft zu sichern und den Klimaschutz mit erneuerbaren Kraftstoffen voranzubringen, ist knapp."

Weiterführende Informationen zu dem Thema:

UNITI informiert: Mit E-Fuels: Arbeitsplätze sichern und neue schaffen!

UNITI informiert: Die globale Bedeutung des Verbrennungsmotors für die deutschen Automobilhersteller

Über UNITI:
Der UNITI Bundesverband EnergieMittelstand e.V. repräsentiert in Deutschland rund 90 Prozent des mittelständischen Energiehandels und bündelt die Kompetenzen bei Kraftstoffen, Brennstoffen sowie Schmierstoffen. Täglich frequentieren über 4,3 Millionen Kunden die ca. 8.650 Straßentankstellen der UNITI-Mitgliedsunternehmen, welche ca. 62 Prozent des Straßentankstellenmarktes ausmachen. Mit etwa 3.700 freien Tankstellen sind bei UNITI zudem fast 70 Prozent der freien Tankstellen organisiert. Überdies versorgen die UNITI-Mitglieder etwa 20 Millionen Menschen mit Wärme. Die Verbandsmitglieder decken rund 80 Prozent des Gesamtmarktes für flüssige und feste Brennstoffe ab. Ebenso zählen mit einem Marktanteil von über 50 Prozent die meisten unabhängigen mittelständischen Schmierstoffhersteller und Schmierstoffhändler in Deutschland zum Verband. Die rund 1.000 Mitgliedsfirmen von UNITI erzielen einen jährlichen Gesamtumsatz von etwa 95 Milliarden Euro und beschäftigen rund 100.000 Arbeitnehmer in Deutschland.

Pressekontakt UNITI:
Alexander Vorbau, M.A.
Leiter Kommunikation
Tel.: (030) 755 414-520
E-Mail: vorbau@uniti.de
UNITI Bundesverband EnergieMittelstand e.V.